

Beschluss

Klimaschutz braucht Klimagerechtigkeit– jetzt handeln statt reden

Kopenhagen als Auftakt für einen globalen „Green New Deal“

Kopenhagen stellt nicht das Ende internationaler Klimaverhandlungen dar. Kopenhagen muss vielmehr der Startschuss für einen globalen „Green New Deal“ werden. Die politische Botschaft von Kopenhagen muss sein: Die Staatengemeinschaft handelt gemeinsam und entschlossen gegen den Klimawandel und ergreift die Chance der ökologischen Modernisierung ihrer Wirtschaft.

Bei den internationalen Klimaverhandlungen geht es um nicht weniger als um die Zukunft des menschlichen Lebens auf dem Planeten. Der Klimawandel schreitet schneller voran als dies noch vor wenigen Jahren abzusehen war und die Folgen der Erderwärmung sind vielerorts bereits seit Jahren spürbar. Die Bilanz der internationalen Klimapolitik ist bislang jedoch beunruhigend. Das Abkommen von Kito war nur ein erster Schritt.

Gerade die von Präsident und Friedensnobelpreisträger Obama angekündigte veränderte Position der USA bietet eine Chance für die Konferenz in Kopenhagen. Für ein Abkommen, das den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht wird, bedarf es aber mehr als Ankündigungen, es braucht zivilgesellschaftlichen Druck auf die Regierungen in den industrialisierten Staaten, um tatsächlich eine andere Politik zu erreichen. Denn Kopenhagen ist eine einmalige Chance für die Menschheit, die genutzt werden muss.

Aber die Verhandlungen für ein Folgeabkommen laufen viel zu schleppend. Die Gefahr ist groß, dass die Bemühungen um ein neues internationales Klimaschutzabkommen an nationalen Egoismen, starren Verhandlungspositionen, politischer Mutlosigkeit und Ignoranz scheitern.

Dabei geht es um weit mehr als allein um die Reduktion von Treibhausgasen. Ein kleiner reicherer Teil der Weltbevölkerung darf nicht mehr länger auf Kosten des weitaus größeren und ärmeren Teiles leben. Der Klimawandel schädigt ganz überwiegend Menschen und Länder, die zu den wirtschaftlich ärmsten gehören und die wenig bis überhaupt nichts zur Klimaveränderung beitragen. Für die hier und mehr noch in naher Zukunft entstehenden Schäden sind vor allem die Verursacher, also die seit langem industrialisierten Länder, verantwortlich. Klimagerechtigkeit herzustellen wird daher ein entscheidender Baustein eines weltweit getragenen Klimaschutzes sein. Sonst wird die Spaltung der Weltgesellschaft mit zunehmender Gefahr gewalttätiger Krisen und Auseinandersetzungen nur vertieft. Uns Grünen geht es in Kopenhagen also vor allem auch um die Frage der globalen Gerechtigkeit und der internationalen Krisenprävention.

Jedem Menschen stehen die gleichen Emissionsrechte zu. Überdurchschnittliche Emissionen können nur vorübergehend zulässig sein und erhöhen entsprechend die Verpflichtung, für eine verstärkte Verringerung und für einen Ausgleich der durch Klimawandel Geschädigten zu sorgen.

Wir GRÜNE streiten für ein neues, global gerechtes Klimaabkommen. Die vielfach geforderte Begrenzung auf maximal 2 Grad Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Stand gilt für uns dabei als Minimalziel. Doch selbst eine Begrenzung der Erwärmung auf 2 Grad stellt für die Welt eine enorme ökologische, soziale, menschenrechtliche, friedenspolitische und wirtschaftliche Belastung dar, der sich die internationale Staatengemeinschaft, aber auch jeder und jede Einzelne endlich mit Priorität und aller Kraft widmen müssen. Alle Staaten, Organisationen und gesellschaftliche Akteure müssen das Ziel vereinen, langfristig weitgehend Treibhausgas-frei zu produzieren, zu transportieren und zu konsumieren.

Neben der Bekämpfung des Klimawandels muss auch die Anpassung an dessen nicht vermeidbare Folgen in den Entwicklungsländern eine herausragende Bedeutung in dem neuen Abkommen haben, wie z.B. durch die Unterstützung bei der Anpassung ihrer Raumplanung, Wirtschaftsstrukturen und Nutzung der natürlichen Ressourcen an die Auswirkungen des Klimawandels oder wie z.B. durch Vorbereitungen auf steigenden Meeresspiegel, auf Extremwetterereignisse und auf Wassernotstand bei der Trinkwasser-Versorgung und für die landwirtschaftliche Produktion.

Die Verpflichtungen im Rahmen eines internationalen Abkommens dürfen nicht in erster Linie als Belastung verstanden werden. Nichtstun würde uns teurer zu stehen kommen. Ein globaler Fokus auf nachhaltige und klimafreundliche Wirtschaftsweisen birgt große Chancen – gerade auch für den Technologiestandort Deutschland. Viele Klimaschutzmaßnahmen sind direkt eine Vermeidung von finanziellen Belastungen, da steigende Erdöl- und Ressourcenpreise zunehmend soziale und wirtschaftliche Probleme verursachen. Viele Unternehmen haben daher längst verstanden, dass nur derjenige, der jetzt auf sparsame, saubere und umweltfreundliche Technologien setzt, zukünftig konkurrenzfähig sein wird. Denn so machen wir die Wirtschaft fit für die Zukunft und schaffen neue Arbeitsplätze. Zukunftsmärkte und zukunftsfähige Jobs entstehen nur, wenn wir konsequent auf Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz setzen. Für diese notwendige ökologische Modernisierung der Wirtschaft kann ein neues Klimaabkommen den internationalen Rahmen setzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rufen die neue Bundesregierung deshalb dazu auf, mit aller Kraft für ein effektives und gerechtes Klimaabkommen in Kopenhagen zu kämpfen und insbesondere die folgenden Forderungen zusammen mit der Europäischen Union durchzusetzen:

Keine Luftbuchungen – echte Reduktion von Treibhausgasen

In Kopenhagen muss ein verbindliches Abkommen beschlossen werden, mit verbindlichen Obergrenzen für Treibhausgase für alle Staaten mit relevanten absoluten oder relativen Emissionen. Politische Absichtserklärungen reichen nicht aus.

Die vereinbarten Reduktionsziele müssen im Einklang mit dem Zwei-Grad-Ziel stehen. Das bedeutet, dass die weltweiten Emissionen bis 2015 ihren Höhepunkt erreicht haben müssen. Danach ist eine starke Abnahme der Emissionen notwendig, um bis 2050 eine weltweite Reduzierung von 80 Prozent der Klimagase im Vergleich zu 1990 zu erreichen. Für die Industrienationen bedeutet das eine Verringerung um mindestens 90 Prozent.

Wir erwarten, dass sich die Industrienationen zu mittelfristigen Treibhausgasemissionsminderungen verpflichten, die sich im oberen Bereich des Korridors befinden, den das IPCC vorgibt (25-40 Prozent bis 2020). Für Deutschland heißt das, dass wir unsere Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent reduzieren müssen (bezogen auf 1990). Diese Emissionsminderung muss im eigenen Land erfolgen und darf nicht über fragwürdige Klimaprojekte im Ausland billig eingekauft werden, wie es CDU/CSU und FDP wollen.

Die Verantwortung der Vergangenheit berücksichtigen – Lasten gerecht verteilen

- Wir wollen das Recht auf Entwicklung wahren. Es ist unabdingbar, dass die reicheren Länder Entwicklungs- und Schwellenländer massiv dabei unterstützen, ihre Emissionen verbindlich zu begrenzen und 15-30 Prozent unter dem „Business-as-usual“-Pfad bleiben.
- Es ist ein Gebot der Vernunft und der internationalen Gerechtigkeit, dass die Kosten für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sowie zur Rettung der Wälder in Entwicklungsländern (ca. 110 Mrd. Euro pro Jahr) nach einem Schlüssel verteilt werden, der Emissionen der Vergangenheit und Gegenwart und die ökonomischen Möglichkeiten eines Landes berücksichtigt (Greenhousegas Development Rights). Diese Gelder sollen zusätzlich zu den versprochenen 0,7% des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden und unabhängig von den Reduktionszielen der Industrieländer sein. Der angemessene Anteil der EU an diesen Zahlungen beträgt voraussichtlich etwa 35 Mrd. Euro jährlich.
- Für eine gerechtere Welt und Armutsbekämpfung ist eine zusätzliche Versorgung mit Energie in unterentwickelten Regionen erforderlich. Es ist Aufgabe der Weltgemeinschaft, dass diese zusätzlichen Energien mit Erneuerbaren Energien bereitgestellt werden, um einen weiteren Anstieg der CO₂-Emissionen in diesen Regionen zu verhindern.
- Wir unterstützen die Einsetzung eines globalen Klimaschutzfonds („Climate Change Mitigation Facility – CCMF“), der diese Gelder bereitstellt sowie international gehandelte Emissionszertifikate verwaltet und kontrolliert. Wenn der Finanzbedarf tatsächlich noch höher ausfällt, dann muss auch der Fonds entsprechend aufgestockt werden. In der Entscheidungsfindung muss eine gleichberechtigte Beteiligung der Entwicklungsländer und Mitsprache von VertreterInnen der Zivilgesellschaft und indigener Bevölkerungsgruppen garantiert sein. Vorrangig soll die Unterstützung den Ärmsten in den betroffenen Regionen zugute kommen, die sich nicht selber helfen können. Wir brauchen einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der internationalen Klimapolitik.
- Zur Finanzierung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen sollen sich die Industriestaaten zu verbindlichen Zahlungen aus den Erlösen des Emissionshandels verpflichten. Hierbei setzen wir uns für ein Modell ein, nach dem die nationalen Emissionserlaubnisse nicht mehr nur kostenlos den Staaten zugeteilt werden, wie dies in der ersten Verpflichtungsperiode von Kyoto geschehen ist. Vielmehr plädieren wir dafür, dass die Staaten einen Teil der Emissionserlaubnisse kaufen bzw. ersteigern müssen.
- Ein Klimaschutzfonds kann nur dann seine volle Wirkung entfalten, wenn im Gegenzug die weltweiten klimaschädlichen Subventionen in Höhe von jährlich ca. 300 Mrd. Dollar konsequent abgebaut werden, mit denen bislang fossile Energieträger wie Kohle und Öl künstlich verbilligt werden. Dabei sollen mit Blick auf arme Bevölkerungsgruppen soziale Aspekte berücksichtigt werden.
- Besondere Aufmerksamkeit verdienen umweltbedingte Flüchtlingsbewegungen, die bereits heute dramatische Ausmaße annehmen. Bereits über 10 Millionen Menschen sind Umweltflüchtlinge. Die internationalen Rechtsinstrumente wie die Genfer Flüchtlingskonvention sind im Sinne der Flüchtlinge zu reformieren, um die neue Realität von Flucht aufgrund von umweltbedingter Zerstörung zu berücksichtigen. Gerade die verursachenden Staaten des Klimawandels sind in der Verantwortung, ihrer Schutzpflicht für diese Menschen gerecht zu werden.

Wissen teilen – angepasste Technologiekooperation

Es dürfen keine Technologien mehr gefördert werden, die mit zusätzlichen Gefahren für Mensch und Umwelt sowie mit zusätzlichen Emissionen verbunden sind. Atomenergie, neue Kohlekraftwerke, Gewinnung fossiler Rohstoffe, beispielsweise aus Ölsand und Pflanzenkraftstoffe, die zu Entwaldung und Verdrängung von Nahrungsmittelproduktion führen, müssen von internationaler Klimafinanzierung ausgeschlossen sein.

Klimarelevantes Wissen und Technologie muss überall dort ankommen, wo es gebraucht wird. Wir wollen, dass beim Technologietransfer insbesondere dezentrale und regionale Ansätze gefördert werden. Bei den Anpassungsstrategien muss in erster Linie auf naturnahe, naturverträgliche Maßnahmen gesetzt werden. Der Clean Development Mechanism (CDM) muss reformiert werden. CDM-Projekte müssen wirksamer und nachhaltiger werden, dürfen keine kontraproduktiven Anreize bieten und müssen in weiteren Sektoren mit hohem Minderungspotential realisierbar sein. Die erzielten Emissionsreduktionen müssen tatsächlich zusätzlich sein.

Tropenwälder schützen – zusätzliches Finanzinstrument einführen

Zur Verhinderung des globalen Klimakollapses muss in Kopenhagen ein zusätzliches Finanzierungsinstrument für voraussagbare, zusätzliche und angemessene Mittel zum Schutz der Tropenwälder und zur Kompensation vermiedener Entwaldung (REDD) auf den Weg gebracht werden. Der Tropenwaldschutz darf dabei auf keinen Fall direkt in den Emissionshandel einbezogen werden. Tropenwaldschutz (REDD) muss in einem Fonds-Modell mit verlässlicher Finanzierung realisiert werden. Die Mittel für diese Fonds-Modelle könnten unter anderem dadurch erzielt werden, dass die Emissionserlaubnisse Staaten nicht mehr in Gänze kostenlos zugeteilt werden, sondern ein Teil davon versteigert wird.

Ein nationaler klimapolitischer Neuanfang jetzt:

Deutschland hat unter der großen Koalition vier wichtige Jahre im Kampf gegen den Klimawandel verloren und ist beim Klimaschutz vom Vorreiter zum Bremser geworden. Kanzlerin Merkel hat öffentlichkeitswirksam vor schmelzenden Eisbergen posiert, in der Tagespolitik den Klimaschutz aber den Interessen der Kohlelobby, der Autokonzerne und der Energieriesen geopfert. Diese Kluft zwischen Schein und Handeln wird sich unter Schwarz-Gelb noch verschärfen.

Der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat berechnet, dass bis zum Jahr 2050 global nicht mehr als 750 Mrd. Tonnen Kohlendioxid aus fossilen Quellen in die Atmosphäre gelangen dürfen, um einen unkontrollierbaren Klimawandel noch zu verhindern. Ohne ein Umsteuern wäre diese Obergrenze bereits im Jahr 2035 oder früher erreicht. Deutschland ist bereits auf dem Weg in die „Kohlenstoffinsolvenz“ und dürfte dann kein CO₂ mehr emittieren. Wenn Merkel das Zwei-Grad-Ziel ernst nimmt, muss sie erkennen, dass die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung bei weitem nicht ausreichen.

Es steht zu befürchten, dass überkommene wirtschaftliche Strukturen von gestern weiter gefestigt und die Chancen der ökologischen Modernisierung verspielt werden. So würde der bereits angekündigte Ausstieg aus dem Atomausstieg die weitere Entwicklung der Erneuerbaren Energien massiv behindern. Auch ist schon jetzt absehbar, dass CDU/CSU und FDP Klimaschutz nicht durch eigene Anstrengungen erreichen wollen, sondern in Form von Luftbuchungen durch billigen Einkauf aus dem Ausland.

Wir fordern, dass Deutschland im internationalen sowie im eigenen Interesse endlich wieder Vorreiter in der Klimapolitik wird. Auf dem jetzigen Kurs wird Deutschland seine selbstgesteckten Klimaziele deutlich verfehlen und weit hinter dem zurück bleiben, was im Rahmen eines ge-

rechten Klimaabkommens nötig wäre. Deshalb brauchen wir einen Neuaufbruch in der Klimapolitik. Wir schlagen dafür ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit 15 Maßnahmen vor:

1. ein Klimaschutzgesetz für Deutschland, das ein Minderungsziel von mindestens minus 40 Prozent bis 2020 für die Treibhausgasemissionen verbindlich fest schreibt und den weiteren Minderungspfad um mindestens 90 Prozent bis 2050 vorgibt;
2. die Verankerung von besserem Klimaschutz im Genehmigungsrecht durch eine Festlegung des Mindestwirkungsgrads von 58 Prozent, so dass ein Neubau von Kohlekraftwerken unmöglich wird und die Milliardeninvestitionen in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) fließen;
3. die Verabschiedung eines ehrgeizigen Energieeffizienzgesetzes, durch welches das Klima geschützt wird und nicht die Profitinteressen der Energiekonzerne;
4. die Einrichtung eines Energiesparfonds, der insbesondere einkommensschwache Haushalte beim Energiesparen und energetischer Sanierung unterstützt;
5. die Verdreifachung der jährlichen Zahl der energetischen Gebäudesanierungen von derzeit etwa 1 Prozent auf mindestens 3 Prozent des Gebäudebestandes durch verbesserte Förderbedingungen. Wir wollen, dass immer der technisch höchstmöglich Klimaschutzstandard zum Standard bei Neubau und Altbausanierung wird;
6. eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes, damit regenerative Wärme auch in Altbauten intensiv genutzt wird;
7. eine Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes, damit 2020 deutlich mehr als 25 Prozent des Stroms in hocheffizienter und klimaschonender KWK erzeugt werden;
8. ein 5000-Euro-Zuschuss und verbesserte Rahmenbedingungen für Elektroautos, damit CO₂ arme Antriebe endlich auf die Straße kommen;
9. ein Zwei-Milliarden-Sofortprogramm für den öffentlichen Verkehr, damit alle klimafreundlicher mobil werden können;
10. die Abschaffung des Steuerprivilegs für große Dienstwagen, damit die Allgemeinheit nicht länger klimaschädliche Spritschlucker mit ihren Steuergeldern subventioniert;
11. Tempo 120 auf Autobahnen, damit wir nicht nur kostenlos CO₂ einsparen, sondern auch sicherer unterwegs sind;
12. eine klimafreundliche öffentliche Beschaffung, die nicht nur eine Vorbildfunktion hat, sondern das Angebot an nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen fördert;
13. die Vereinfachung der rechtlichen Bedingungen für die Installation Erneuerbarer Energien, damit diese überall, wo dies umwelt- und sozialverträglich möglich ist, ausgebaut werden können;
14. deutsche Initiativen für die Bildung einer "Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien" (ERENE) und des Aufbaus eines "Supersmartgrids", eines neuen transeuropäischen und "intelligenten" Stromnetzes zur Einspeisung und großräumigen Verteilung und Nutzung Erneuerbarer Energien;
15. die Einführung eines einheitlichen Ökostrom-Labels, um die VerbraucherInnen in Deutschland respektive in Europa vor Mogelpackungen zu schützen.

Damit können wir dem Klimaschutz in unserem Land neuen Schwung und eine neue Richtung geben. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Maßnahmen noch vor der Konferenz in Ko-

penhagen auf den Weg zu bringen. Damit würde Deutschland ein starkes Signal für die internationalen Klimaverhandlungen setzen.

Auf nach Kopenhagen

Wir GRÜNE unterstützen Aktionen, Proteste und Demonstrationen, die im Vorfeld und in Kopenhagen selbst geplant sind. Starker Klimaschutz braucht starke Verbündete in der ganzen Gesellschaft, innerhalb und außerhalb der Parlamente sowie auch eine internationale Bewegung auf der Straße!

Wir unterstützen den dezentralen Klima-Aktionstag am 5. Dezember in Deutschland und rufen zur großen Demonstration am 12. Dezember in Kopenhagen auf.